

Ratsherr Dr. Lenke erklärt, dass er den Forstwirtschaftsplan 2017 aus nachfolgenden Gründen ablehnen werde.

1. Die ehemalige Bundesregierung (CDU/FDP) hatte das Ziel gesetzt – insbesondere für die öffentlichen Waldeigentümer - 5 % der Waldflächen aus der Nutzung zu nehmen. Daher sei auch die Stadt Rheinbach in der Pflicht, einen Teil der Fläche aus der Nutzung heraus zu nehmen.
2. Der Forstwirtschaftsplan sehe vor, Saatgut und Setzlinge von Douglasien anzukaufen. Die natürliche Bewaldung in dieser Region sei jedoch der Buchenwald mit entsprechenden Beimischungen. Auch der bestehende Eichenwaldbestand sei schützenswert. Inmitten eines FFH-Gebietes, das den Buchenwald schützen soll, nordamerikanische Nadelhölzer zu pflanzen halte er für unnötig. Nach seiner Auffassung könnte dieser Posten gestrichen werden.

Bürgermeister Raetz gibt zu bedenken, dass sich der Rheinbacher Stadtwald durch naturnahe Waldbewirtschaftung auszeichne und weit über die Grenzen gelobt werde.

Das Ziel der ehemaligen Bundesregierung betreffend, fordere er an dieser Stelle Konnexität ein. Denn es gehe nicht an, dass private Waldbesitzer nicht davon betroffen sind und öffentliche Träger die Lasten zu tragen haben.